

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924

9.1.1924 (No. 7)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Redaktion:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Verleger:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
C. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 3,50 Goldmark. — Einzelnummer 12 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Element Breite. Preise und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Klassenrabatt gilt und verzweigt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Ersparnis der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern behandelt. Bei Anzeigenerhebung, zwangs- mäßiger Verbreitung und Konfiskation des Abdrucks fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — In Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder telephonischer Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. Unerwartete Druckfehler und Druckspalten werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil

Lohnsteuerabzug nach Aufhebung der Betriebssteuer (Arbeitgeberabgabe)

Die durch die zweite Steuernotverordnung sind die Bestimmungen über den Steuerabzug vom Arbeitslohn mit Wirkung vom 1. Januar 1924 ab in wesentlichen Punkten geändert worden. Bisher waren vom gesamten Lohnbetrag 10 v. H. abzüglich feiner Papiermarkermäßigungen nach dem Familienstand und des sogenannten Werbungskostenpauschales als Steuer einzubehalten. Künftig dagegen bleibt ohne Rücksicht auf den Familienstand des Arbeitnehmers und die Höhe des Arbeitslohns ein bestimmter Teil des Arbeitslohns, nämlich bei Zahlung des Arbeitslohns

- für volle Monate 50 Goldmark monatlich,
- für volle Wochen 12 Goldmark wöchentlich,
- für volle Arbeitstage 2 Goldmark täglich,
- für kürzere Zeiträume 0,50 Goldmark für je zwei angefangene oder volle Arbeitsstunden.

vom Steuerabzug frei. Dieser sogenannte steuerfreie Lohnbetrag tritt an die Stelle der bisherigen Ermäßigung für den Arbeitnehmer selbst und für Werbungskosten. Von dem dem steuerfreien Lohnbetrag übersteigenden Teil des Arbeitslohns, also vom dem Überfluß, sind bei jeder Lohnzahlung bei einem ledigen oder kinderlos vermittelten Arbeitnehmer 10 v. H., bei einem verheirateten Arbeitnehmer ohne Kinder 9 v. H., mit einem Kind 8 v. H., mit zwei Kindern 7 v. H. und für jedes weitere minderjährige Kind 1 v. H. weniger einzubehalten.

- Beispiele:
- A. Ein lediger Arbeitnehmer bezieht 50 Mark wöchentlich. Steuerabzug 10 v. H. von 50 = 3,80 Mark.
 - B. Ein verheirateter Arbeitnehmer mit 2 minderjährigen Kindern bezieht 70 Mark wöchentlich. Steuerabzug 7 v. H. von 58 = 4,05 Mark.

Alle Arbeitgeber, mit Ausnahme derjenigen, die zu Beginn des Kalenderjahres 1924 nicht mehr als 3 Arbeitnehmer beschäftigen, haben die einbehaltenen Beträge in bar oder durch Überweisung an die Finanzkasse abzuführen, und zwar jeweils für eine Monatsdelade spätestens bis zum fünften Tage nach dem Ablauf der Delade. Dabei sind z. B. die in der Zeit vom 21. bis 31. Januar 1924 einbehaltenen Beträge spätestens bis zum 5. Februar abzuführen. Spätestens bis zum 5. eines jeden Kalendermonats ist die Finanzkasse eine Bescheinigung zu überreichen, in der die Übereinstimmung der im abgelaufenen Kalendermonat abgeführten Steuerabzugsbeträge mit der Summe der tatsächlich einbehaltenen Steuerabzugsbeträge festgestellt wird.

Arbeitgeber, die zu Beginn des Kalenderjahres nicht mehr als 3 Arbeitnehmer beschäftigen, haben wie bisher Steuermarken zu Heben.

Im Gegensatz zu früher unterliegen dem Steuerabzug auch die Aufwandsentschädigungen, die den im privaten Dienst- oder Auftragsverhältnis stehenden Personen gewährt werden. Bisher hatten die Arbeitgeber regelmäßig vierteljährlich Abrechnungsbücher, Nachweisungen und Zusammenstellungen über den Steuerabzug im abgelaufenen Kalendervierteljahr auszufertigen. Diese Verpflichtung fällt während des Jahres weg. Die Arbeitgeber haben lediglich den ihren Arbeitnehmern ausbezahlten Lohn und die einbehaltenen Steuern unter Angabe des Zahltags fortlaufend aufzuzeichnen, wie dies in der Mehrzahl der Betriebe bereits jetzt der Fall ist.

Alle Einzelheiten der neuen Regelung ergeben sich aus den Durchführungsbestimmungen über den Steuerabzug vom Arbeitslohn, die im Reichsministerialblatt und im Reichssteuerblatt veröffentlicht wurden, sowie aus einem Merkblatt, das demnach bei den Finanzämtern unentgeltlich abgeholt werden kann. Die neuen Steuerabzugsbestimmungen gelten erstmalig für den Arbeitslohn, der Ende Dezember 1923 für eine im Januar 1924 erfolgende Dienstleistung gewährt wurde.

Das Gesetz über die Besteuerung der Betriebe ist am 1. Januar 1924 außer Kraft getreten. Die Arbeitgeberabgabe war letztmalig am 25. (27.) Dezember für die Zeit vom 11. bis zum 20. Dezember 1923 zu entrichten.

Steuerverwaltung der Länder

Ein Vertreter der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ hat am Samstag den Reichsfinanzminister Dr. Luther um seine Meinung über die Forderung Bayerns bezüglich der Stellung der Länder befragt. Dr. Luther führte u. a. aus:

Die Rückführung der Steuerverwaltung oder eines Teiles derselben auf die Länder werde, sofern man sich dazu entschließt, erheblich schneller gehen, als seinerzeit die Überführung auf das Reich, und doch werde auch für einen Steueranfall bedeuten und durch die damit verbundenen Organisationsfragen die Arbeitskräfte und Beamten von der Steuerverwaltung ablenken. Daß nach dieser Richtung zur Zeit auch nicht die geringste Unterbrechung eintritt, ist aber einfach eine Lebensfrage des deutschen Volkes. Da der 1. April 1924 aus den oben genannten Gründen ausscheidet, kommt als Zeitpunkt für die Rücküberführung, wenn dieselbe beschlossene wird, der 1. April 1925 in Betracht! Weiter verteidigte der Reichsfinanzminister die Reichsfinanzverwaltung und behauptete, sie arbeite gut. Auf die Bemerkung der Interviewers, daß der Minister einer Rücküberführung der Steuerverwaltung an die Länder grundsätzlich abgeneigt zu sein scheint, lehnte dieser ein glattes Ja oder ein glattes Nein ab und sagte: Die Selbstverwaltung der Länder und Gemeinden muß dadurch gestärkt werden, daß sie wieder eigene Einnahmen bewirtschaften. Aus dieser Notwendigkeit der Aufteilung der Steuerquellen folgt aber nicht ohne weiteres, daß die Erhebung der Steuern und besonders der Einkommensteuer auch wieder durch die Landesbehörden erfolgen müßte.

Preiswirthwart und Landwirtschaft

Aus der Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftskorrespondenz (Herausgeber Guno Hartenbach) finden wir folgenden Beitrag zum Preisproblem, der auf die Produktions-schwierigkeiten der Landwirtschaft hinweist, wie sie auch im kleinen und mittleren Bereich Wadens zutage treten sind:

Die geradezu verrückten Preisbildungen im Einzelhandel, besonders bei Lebensmitteln, haben seit Anfang dieses Monats eine wesentliche Besserung erfahren. Obwohl alle ernstlichen Gründe dafür sprechen, daß diese Besserung weiter anhält, ist es keineswegs sicher, daß das geschieht. Wir haben in unserer Wirtschaft augenblicklich eine solche Fülle von Unklarheiten, von Faktoren, deren Wirkungen sich gar nicht errechnen lassen, daß sich den unerhörten Vorkommnissen auf dem Preismarkt mit geeigneten Mitteln nicht bekommen läßt. Sicher ist zwar, daß die Übergangszeit von der Papiermark zur Rentenmark (und zur Goldrechnung auch im Einzelhandel) sich durch die Einfallerzeugung großer Risikoprämien für die Wegnahme in Papiermark bei jedem Umlauf, der sich bei dem betreffenden Gegenstand vollzog, auszeichnet hat. Dadurch sind in der Hauptsache (verbunden mit dem neuen, aber falschen Geschäftsgrundriss: Kleiner Umlauf, großer Nutzen) die ungeheuren Preise entstanden, die man für Lebensmittel zu zahlen hatte, nicht aber etwa dadurch, daß die Produktion dieser Lebensmittel teurer geworden wäre. Das Zentralorgan der Sozialdemokratie, der „Vorwärts“, hat vor kurzem in einem Leitartikel hierauf verwiesen und besonders darauf aufmerksam gemacht, daß die Landwirtschaft für diese Teuerung nicht verantwortlich gemacht werden könne. Wir möchten diese Tatsache durch die Veröffentlichung eines interessanten Zahlenmaterials erhellen und hoffen damit der objektiven und sachlichen Feststellung von Tatsachen zu dienen, die um so wichtiger ist, als uns nichts so not tut wie die Beseitigung falscher Auffassung und die Beseitigung von Vorurteilen, die sich gegen den Wert der Landwirtschaft geltend machen. In den nachstehenden drei Tabellen werden, errechnet auf der Grundlage, erstens landwirtschaftliche Erzeugerpreise, zweitens Kleinhandelspreise und drittens Preise für wichtige landwirtschaftliche Betriebsmittel einander gegenübergestellt. In der ersten Spalte sind die Preise von 1913, in der zweiten die der ersten Novemberhälfte, in der dritten die der zweiten Novemberhälfte vorigen Jahres wiedergegeben. In der vierten und fünften Spalte wird die Steigerung bzw. Senkung dieser Preise, gemessen an den Preisen für 1913, gezeigt.

Landwirtschaftliche Erzeugerpreise

	1913	1923	1923	Relation zu 1913	Relation zu 1913
				1913 = 100	
Woggen	50 kg	8,22	9,05	110	111
Kartoffeln	„	2,-	1,91	2,-	95
Obst	„	42,75	49,82	55,25	117
Schweine	„	53,50	50,60	120,-	95
Milch	1 l	0,15	0,10	0,14	67
Butter	1/2 kg	1,25	1,32	1,55	103

Kleinhandelspreise						
	1913	1923	1923	Relation zu 1913	Relation zu 1913	
				1913 = 100		
Woggenmehl	1/2 kg	0,16	0,25	0,32	156	200
Wrot	„	0,14	0,19	0,20	136	142
Butter	„	1,40	1,94	2,50	139	179
Rindfleisch	„	0,93	1,55	2,77	167	298
Schweinefleisch	„	0,75	1,80	2,87	240	383
Milch	1 l	0,22	0,16	0,25	73	114
Kartoffeln	50 kg	3,50	3,01	3,52	86	109

Landwirtschaftliche Betriebsmittel

	1913	1923	1923	Relation zu 1913	Relation zu 1913
				1913 = 100	
Rohse	12,-	24,92	24,92	208	208
Salpeter	kg	1,30	1,11	1,05	85
Ammoniak	„	1,30	1,11	1,05	85
Superphosphat	„	0,35	0,68	0,68	194
Kleinere Maschinen u. Geräte	175,-	3615,-	3615,-	208	208
Säcke und Webwaren	48,27	54,23	54,23	112	112
Schuh	145,-	242,60	242,60	167	167

Mancher Leser der Tabellen wird zu seiner Überraschung feststellen müssen, daß der Preis, den der landwirtschaftliche Erzeuger erhalten hat, in der ersten Novemberhälfte nur in drei Fällen den Wertpreis um ein geringes übersteigt, in einem Falle derselbe, in drei Fällen niedriger ist. Wesentlich geändert hat sich dieser Zustand in der zweiten Novemberhälfte nur beim Preis für Schweinefleisch, der mehr als doppelt so hoch geworden ist, die übrigen Verschönerungen sind unbedeutend. Ganz anders liegt die Sache bei den Kleinhandelspreisen. Diese sind bei wichtigen Nahrungsmitteln im ganzen Monat November, auch dort, wo der Erzeuger nur den Preis erhalten hat, außerordentlich in die Höhe geschossen, so daß man leicht erkennen kann, daß die wirkliche Verteuerung der Lebensmittel nicht in der Reproduktion, sondern auf dem Wege stattfindet, den das Produkt durchläuft, wenn es den Erzeuger zwar bereits verlassen, den Konsumenten aber noch nicht erreicht hat. — Die dritte Tabelle zeigt, daß die Landwirtschaft für ihre Betriebsmittel in den meisten Fällen weit mehr als Friedenspreise zahlen muß. — Sollten die hier dargestellten nächstern Zahlenreihen nicht auch dazu beitragen, die Verteuerungen für fördern, die die organisierten Konsumenten in direkte Verbindung mit den landwirtschaftlichen Erzeugern bringen wollen?

England und Frankreich

Macdonalds Programm

In einer Programmrede führte der englische Arbeiterführer Macdonald, wie aus London gemeldet wird, u. a. aus, die Arbeiterpartei sei entschlossen, die Regierung anzutreten. Die Arbeiterregierung wolle lediglich die Not der Zeit lindern. Der Fortschritt könne nur in langsamer Entwicklung erreicht werden. Macdonald trat ferner für den Frieden nach außen und die Einheit nach innen ein. Wegen einer Arbeiterregierung brauche kein Mensch in England sein Kapital ins Ausland zu schaffen. Um den Frieden in Europa endgültig herzustellen, wolle die Arbeiterpartei sich an alle Männer und Frauen der ganzen Welt wenden, die gegen eine Wiederholung des Weltkrieges seien. Als erste Voraussetzung für die Verwirklichung seines Programms sieht Macdonald das Aufheben des Vertrages an. Dem Vertrage könne nur durch eine internationale Verständigung, an der auch Spanien, Deutschland und die Tschechoslowakei beteiligt sein müßten, ein Ende gemacht werden. Die Zwistigkeiten zwischen Frankreich und England müßten endlich aufhören. Zu einer großzügigen Organisation, die so beschaffen ist, daß es jeder Großmacht möglich sei, ihr die kritischen Fragen zu unterbreiten, müßte der Völkerverbund ausgebaut werden.

Das englische Parlament wurde am Dienstag in der gewöhnlichen zeremoniellen Form mit der Wahl des Sprechers eröffnet. Nach der traditionellen Prozession der Parlamentarier zum König wurde der bisherige Sprecher, der Viscount Balfour, einstimmig wiedergewählt, ebenso sein Stellvertreter, der Konservative Kapitän Hoop.

Gavin befaßt sich im Londoner „Observer“ mit der Politik der kommenden Regierung der englischen Arbeiterpartei. Er schreibt: Mit den Gefühlen seiner einzigen Nation sei derart Mißbrauch getrieben worden, wie mit denen Großbritanniens seit dem Kriege. Als der Krieg zu Ende ging, seien die Möglichkeiten in der Hand Großbritanniens größer gewesen als die irgend einer anderen Macht. Sie seien jedoch weggeworfen worden. Die Preisgabe des Wiederaufbaus durch die Koalitionsregierung sei einer der schlimmsten Katastrophen in den Annalen der britischen Geschichte gewesen. Die Koalition habe die wunderbare britische Luftfreiheit bis zur Bedeutungslosigkeit herabgesetzt, während Frankreich sich der Luftstreitmacht in überwältigender Überlegenheit zuwandte. Britain habe begonnen, England als eine Ault zu betrachten. Die französische Beherrschung des gesamten Kontinents sei erreicht worden.

Gavin wendet sich dann gegen die Verbindung des Premierministers und des Außenministers in den Händen Ramsay Macdonalds. Die Aufgaben der kommenden Arbeiterregierung seien, die Ehre Großbritanniens aufrecht zu erhalten und den England zukommenden Einfluß wieder herzustellen. Die französische Vorkerrschaft mit ihrer Luftfreiheit und mit ihrem weitreichenden System suspendierter Allianzen sei wichtiger als je seit den Tagen Napoleons und in mancher Hinsicht noch mächtiger als damals. Jabelang würde man unter ihr büßen müssen, denn Frankreich werde weder abrüsten noch die Einkreisung Deutschlands lockern. Gavin gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Regierung Ramsay Macdonalds unverzüglich diesem Zustande volle Aufmerksamkeit schenke und bei der Schuldfrage danach handeln werde. Der zweite Schritt müsse die Zuneigung einer Politik sein, die Deutschland in den Völkerverbund bringt. Der dritte Schritt müsse der Abschluß eines endgültigen Abkommens mit Italien und Spanien sein. Außerdem müsse England im gemeinsamen Interesse die Beziehungen zwischen England, Holland und den skandinavischen Ländern fördern. Es müsse endlich der Versuch unternommen werden, die Entente aufrecht zu erhalten, jedoch nur auf der Grundlage des Gleichgewichts. Die selbstmörderische Unterwürfigkeit Englands müsse aufhören. Eine vollkommen genügende Luftstreitmacht sei für Großbritannien wesentlich.

Rheinlandkommission und Separatismus

Der französische Bezirksdelegierte von Zweibrücken, der in einer Bekanntmachung vom 4. Januar die separatistische Regierung der Pfalz als ungesetzlich ablehnte und nur die deutschen Behörden als nach dem Versailler Vertrag und den Bestimmungen der Rheinlandkommission zu Recht bestehend anerkannte, mußte auf höhere Weisung in den Zweibrücker Blättern folgenden Berichtigung erlassen:

Nachdem die S. C. J. R. die Verordnungen der Regierung der autonomen Pfalz, die ihr von dieser zur Genehmigung unterbreitet worden sind, am 2. Januar 1924 amtlich eingetragen hat, muß die Bekanntmachung des Delegierten von Zweibrücken vom 4. Januar 1924 an die dortigen bayerischen Behörden als null und nichtig betrachtet werden. Der Delegierte der S. C. J. R. ist geg. Defekt.

Bisher war es üblich, daß deutsche Verordnungen und Gesetze zehn Tage nach amtlicher Eintragung bei der Rheinlandkommission Gültigkeit für das besetzte Gebiet erlangten, wenn sie nicht ausdrücklich von der Interalliierten Rheinlandkommission abgelehnt wurden. Demnach wird in der Frage der Anerkennung der separatistischen Herrschaft in der Pfalz von seiten der Rheinlandkommission bis zum 12. d. M. die Entscheidung fallen. Da, wie auch ausländische Pressevertreter einwandfrei festgestellt haben, 98 Prozent der Bevölkerung von dem Trüben der Separatisten nichts wissen wollen, wird sich jetzt zeigen, ob die Interalliierte Rheinlandkommission das Selbstbestimmungsrecht der Völker auch für die Pfalz anerkennen wird oder ob sie die Vergewaltigung der Pfalz durch Hauberhorben, wie sich der Korrespondent der „Times“ ausdrückt, sanktionieren will.

Zum Sturz des französischen Franken

Zum Sturz des französischen Franken schreibt die „Frankf. Ztg.“: Den Kaba hat Recht: Es ist alles schon einmal dagewesen, alle Ereignisse, alle Dummheiten und die meisten guten Gedanken. So ist's mit der Inflation, so mit dem, was darüber gedacht und geschrieben worden ist. Wir Deutsche sind jetzt gewissermaßen schon Altmeister der Inflation, die Franzosen aber noch Lehrlinge. Darum ist es wohl nicht überflüssig, daß wir heute die Franzosen daran erinnern, wie sie angesichts der fortschreitenden Entwertung der deutschen Mark die Deutschen vor aller Welt des verhängnisvollen Bankrotts beschuldigten. Jetzt befindet sich Frankreich in der gleichen Situation: Unausgeglichenes (sogar verschleiertes) Budget, ständige Vermehrung der schwebenden Schuld, in den letzten Tagen auch starke Zunahme des Notenumlaufes, Sinken des Wechselkurses. Und auch Frankreich ist in die Lage des Schuldners, der erklärt, nicht zahlen zu können. Damit alles wieder lehrte, steht nur, daß jetzt die Schuldiger der ehemaligen Anhänger diese selbst des betrügerischen Bankrotts bezichtigten. Wie würde es dann mit der Verteidigung Frankreichs?

Politische Neuigkeiten

Die Frage der Militärkontrolle

wird in aller nächster Zeit eine Entscheidung der Reichsregierung verlangt. Es wird gemeldet, daß die Wirtschaftskontrollen mit dem Vorschlag des Generals Nollet einverstanden sei, wonach die interalliierte Militärkontrolle am 10. Januar in Deutschland wieder aufgenommen werden soll. Über Umfang und Art der Kontrolle, die hiernach wieder beginnen soll, sind noch keine Einzelheiten bekannt. Es sollen vorher noch Besprechungen mit der deutschen Regierung erfolgen. Nach Blättermeldungen soll die Kontrolle voraussichtlich in zwei Durchgängen werden.

Zur deutschen Ernährungslage

Zur Lage der deutschen Ernährung möge nachstehendes Gesamtbild als Überblick dienen:
Die Brotgetreideernte betrug im Jahre 1913 und zwar im jetzigen Gebiet des Deutschen Reichs, 14 Millionen Tonnen; hinzu kommen noch 2 Millionen Tonnen Weizen, die eingeführt wurden und sind außerdem 0,6 Millionen Tonnen Roggen an Ausfuhr abzugeben, so daß wir insgesamt für die Brotgetreideversorgung 15,4 Millionen Tonnen Getreide zur Verfügung hatten. Im Jahre 1923 ist insgesamt mit einer Ernte von 10 Millionen Tonnen Brotgetreide zu rechnen. In den ersten 6 Monaten des Jahres 1923 wurden 1 Million Tonnen eingeführt, so daß uns also insgesamt 11 Millionen Tonnen zur Verfügung standen. Trotz der günstigen Ernte, die wir im letzten Jahre zu verzeichnen hatten, müßten also noch 4,4 Millionen Tonnen Brotgetreide eingeführt werden. Es fehlen also 28 Prozent.

Nach der Viehzählung am 1. Dezember 1923 wiesen wir in diesem Jahre einen Viehbestand von: 16,9 Millionen Rinder, 1,5 Millionen Kühe, 9 Millionen Schafe, 2,5 Millionen Schweine auf. Dazu kam eine Einfuhr von 200 752 Stück Rindern, 23 65 000 Stück Schafe, 148 420 Stück Schweine und eine Ausfuhr von 82 300 Tonnen Rindfleisch, 900 Tonnen Schafschaf und 21 700 Tonnen Schweinefleisch, sowie 1800 Tonnen Schweinepelz. In dem gleichen Jahre betrug der durchschnittliche Fleischverbrauch pro Kopf 52 Kilo, der im vorigen Jahre auf 26 Kilo zurückgegangen ist. Um diesen Durchschnittsverbrauch wieder auf die Höhe der Vorkriegszeit zu bringen, fehlen uns 48 Prozent an Ferkeln und Fleisch, so daß eine Einfuhr von 1,5 Millionen Tonnen Fleisch nötig wäre. Der Viehbestand im Jahre 1922 wies eine Verminderung der eingetragenen Zahlen von 1913 auf. Nur der Schafbestand hat sich um 0,6 Millionen Stück vermehrt, jedoch kann diese Erhöhung nicht unseren Verlust des Schweinebestandes, der fast um 50 Prozent zurückgegangen ist, wieder gutmachen. Ein Ausgleich des Ausfalls hat durch Einfuhr nicht stattgefunden. An tierischen Fetten standen uns im Jahre 1912/13 613 000 Tonnen zur Verfügung. Eingerechnet eine Einfuhr von 249 000 Tonnen ergeben einen Bestand von 862 000 Tonnen, denen 1922 nur 803 000 Tonnen und eine Einfuhr von 148 070 Tonnen gegenüberstehen. An tierischen Fetten fehlen uns somit 40 Prozent.

Die Milchversorgung ging um 33 Prozent zurück. Im Jahre 1913 betrug die inländische Milchproduktion 15 Milliarden Liter; außerdem kommt eine Einfuhr von 20 000 Tonnen hinzu. Im

Jahre 1922 hatten wir jedoch nur 10 Milliarden Liter Milch zur Verfügung und führten 4000 Tonnen ein.
Die Kartoffelernte, die bei uns besonders wichtig ist, betrug im jetzigen Gebiet im Jahre 1913 44 Millionen Tonnen, während 1922 nur 31,4 Millionen Tonnen geerntet wurden. Es fehlen also 12,6 Millionen Tonnen, was einem Rückgang von 28 Prozent der Versorgung gegenüber 1913 gleichkommt.

Zu der Denkschrift der bayerischen Regierung

über die Reform der Reichsverfassung hat Abg. Dr. (Dem.) im Auftrage der bayerischen Landtagsfraktion im Verfassungsausschuß des bayerischen Landtags eine Erklärung abgegeben, die das Bedauern ausdrückt, daß die schwerwiegende politische Aktion, welche die Grundlage des bayerischen und deutschen Staatswesens nach innen und außen aufs Tiefste berührt, unternommen worden sei, ohne daß der Landtag davon rechtzeitig in Kenntnis gesetzt wurde. Sie verlangt, daß die Staatsregierung in nächster Woche mit der Volkstretelung in eine Aussprache über diesen Schritt und über den Inhalt der Denkschrift eintritt. Abg. Müller (Dem.) bezeichnete es als unangehörlich, daß die Abgeordneten erst aus der Kette von dieser großen Verfassungsaktion erfahren müßten, obwohl der Verfassungsausschuß des Landtags versammelt sei. Der Ausschuß nahm lediglich von der Erklärung Kenntnis.

Zur Lage in Sachsen

wie sie durch den Beschluß des sächsischen sozialdemokratischen Parteitagess geschaffen ist, schreibt der „Karlsruher Volksfreund“:

„Da Ministerpräsident Seid nicht zurücktreten kann, wird nach dem Landesparteitagsbeschluss gegen ihn von der zuständigen Organisation schließlich ein Ausschlußverfahren eingeleitet werden, über das dann, wie gegebenenfalls über die weiteren Ausschlußverfahren gegen Fraktionsmitglieder, vom Deutschen Parteitag entschieden werden wird. Dabei wird dann auch darüber entschieden werden müssen, ob die Landesparteitage über die parlamentarische Taktik der sozialdemokratischen Fraktionen in den Landtagen entscheiden oder nur der Gesamtparteitag. Die Sachsen bejahen diese Frage, der Parteiausschuß hat aber erst neulich einen gegenteiligen Beschluß gefaßt.“

Und drittens ist auch darüber eine Klärung herbeizuführen, ob das Verfahren geltend machen kann, daß nicht die Fraktion bei Regierungsbildungen und Umbildungen entscheidet, sondern, wie in Sachsen, ein Landesausschuß. Wir halten das sächsische Verfahren als ein unmögliches und für die Erfüllung der Aufgaben und für die Tätigkeit in einem Parlament unerträglich. Eine Fraktion würde sonst zu einer Stimmabgabemaschine im Parlament herabgedrückt werden. Keine Regierung u. keine andere Partei könne weder unterbringen, noch überhaupt ernste Verhandlungen mit einer derart degradierten parlamentarischen Vertretung führen. Die Abgeordneten sind nicht minder die gewählten Vertrauensleute der Partei als andere Funktionäre. Sie sind mit der Wahrnehmung der Interessen der politischen Partei im Parlament beauftragt und dafür der Partei verantwortlich. Darum muß eine Fraktion aus eigenen Entschlüssen handeln können, sonst wird ihre Tätigkeit im Parlament zu einer Farce herabgerückt. Wenn die sächsische Landtagsfraktion von Anbeginn sich auf diesen unersetzlichen Grundsatz absolut notwendigen Standpunkt gestellt hätte, wären auch Auseinandersetzungen gekommen, aber das Trauerspiel wäre wahrscheinlich vermieden worden, das nunmehr sich bietet.“

Kurze Nachrichten

Das Reichskabinett hat sich am Dienstag mit der Angelegenheit der rheinisch-westfälischen Goßensbank beschäftigt. In den nächsten Tagen werden Vertreter der Gründer der Bank in Berlin eintreffen, um mit den Regierungsmitteln noch weiter über die Frage zu verhandeln.

Reichsbankpräsident Schacht, der am Montag morgen von seiner Reise nach London nach Berlin zurückgekehrt ist, hat sein Amt als Leiter der Reichsbank angetreten. Schacht behält neben dem Präsidium der Reichsbank sein Amt als Währungs-Kommissar und in dieser Eigenschaft als beratendes Mitglied des Reichskabinetts bei. Es ergeben sich daraus für seine künftige Amtsführung Vollmachten, die über diejenigen der früheren Reichsbankpräsidenten hinausreichen.

Das Lehrerbildungsgesetz. Zu den Beschlüssen des Reichskabinetts ist mitzuteilen, daß die Entscheidung nicht nur über das Berufsschulgesetz, sondern auch über das Lehrerbildungs-

gesetz ausgeführt worden ist, bis das finanzielle Verhältnis zwischen Reich und Ländern neu geregelt ist.

Gegen die deutsche Vergütungsschlechte. Einmütig ist, wie schon kurz gemeldet, das Reichskabinett zu der Meinung gekommen, daß mit größter Energie und Eile die Maßnahmen gegen die Auswüchse der Vergütungs- und Genussucht eingeleitet werden muß. Nach zuverlässigen Schätzungen beträgt der Anteil der deutschen Gäste in St. Moritz, Cortina und am Gardasee fast siebzig Prozent. Die Reichsregierung beabsichtigt, scharfe Maßnahmen finanzieller Art gegen diejenigen Kreise, die es jetzt möglich machen können, ins Ausland zu gehen, um sich dort wochenlang an Lustkurorten aufzuhalten.

Die Untersuchung im Hitler-Ludendorff-Bußch. Münchener Meldungen nimmt die Untersuchung über den Hitler-Ludendorff-Bußch einen ungeheuren Umfang an. Bis jetzt ist gegen 100 Personen Anklage erhoben worden. An den amtlichen Stellen soll man beabsichtigen, den Prozeß nicht in München stattfinden zu lassen, sondern in einer Provinzstadt, wo sich die Prozeßabwicklung glatter gestalten dürfte.

Ein völkischer Block in Bayern. Die Vertreter aller „völkischen“ Verbände und Gruppen Bayerns haben sich nach der „München-Augsburger Abendzeitung“ auf einer Tagung in Bayern zu einem völkischen Block zusammengeschlossen, der demnächst bei den Wahlen hervortreten wird. An General Ludendorff ist ein Begrüßungsgramm gerichtet worden.

Ein Austritt aus der sozialdemokratischen Partei. Der Chef der hiesigen Landespolizei, der bekannte Oberst Müller-Brandenburg, ist aus der sozialdemokratischen Partei ausgetreten. Er begründet seinen Austritt damit, daß er nicht einer Partei angehören könne, die mit den Kommunisten partiiere. In sozialdemokratischen Kreisen sieht man in dem Schritt Müllers eine Rechtschwendung.

Polenare will. Pariser Wätern zufolge, noch im Lauf dieser Woche in einer Rede vor der Kammer seine Politik gegenüber Deutschland darlegen und insbesondere hervorheben, in welchem Geiste die Antwort auf die deutschen Anzügen vom 21. Dezember abgefaßt worden sind.

Ein Attentat auf Mustafa Kemal. Nach einer Agenturmeldung aus Smyrna ist in der Villa, die der Präsident der türkischen Republik und seine Frau erst seit neunzehn Tagen bewohnen, ein Anschlag gegen Mustafa Kemal Pascha verübt worden. Am Vormittag wurde ein junger Mann Mustafa Kemal Pascha unter einem Vorwand zu sprechen und schließlich eine Bombe. Kemal und seine Frau wurden verletzt.

Badische Uebersicht

Das badische Arbeitsministerium

In der letzten Zeit war verschiedentlich das Gerücht verbreitet, das badische Arbeitsministerium werde abgebaut. Gegen eine solche Maßnahme erheben sich Stimmen aus gewerkschaftlichen Kreisen und zwar aus beiden Lagern. In der mehrheitlich sozialdemokratischen „Volksstimme“ wird von einem Gewerkschaftler vor einem solchen Schritt gewarnt und der Vorstand des Landesartells der christlichen Gewerkschaften Badens hat einstimmig an das badische Staatsministerium eine Eingabe gerichtet, das Arbeitsministerium im Interesse der künftigen Gestaltung der sozialen Verhältnisse in Baden aufrecht zu erhalten. In der Begründung heißt es u. a.:

„Die feinerzeitige Errichtung des Arbeitsministeriums erregte in der Hauptsache auf Verlangen der Arbeitnehmer, welche die sozialen Angelegenheiten von einer besonderen, hierzu eingerichteten Zentralbehörde zusammenfassend behandelt wissen wollte. Weite Kreise des badischen Volkes und insbesondere auch die politischen Parteien haben die Errichtung eines besonderen Sozialministeriums gefordert und die Notwendigkeit hierzu anerkannt. Die Forderung, das Arbeitsministerium wieder aufzubauen, wird gestellt, obwohl die Arbeitnehmer nicht diejenigen gesellschaftlichen Einrichtungen beifügen, wie sie andere Länder zum Teil schon seit Jahrzehnten haben (Landwirtschaftskammern, Handelskammern, Handwerkskammern ufm.).“

Manche soziale Erregungsmomente mußte unter dem Zwang der Wirtschaftskrisen gegeben werden. Unsere gesamte Sozialversicherung steht vor dem Zusammenbruch. Die wirtschaftliche Lage der Arbeitnehmer hat sich in der letzten Zeit immer mehr verschlechtert, das Einkommen ist vielfach unter das Existenzminimum zurückgesunken.

Das Schauspiel des Badischen Landestheaters im auswärtigen Urteil

Der durch seine theatergeschichtlichen und dramaturgischen kritischen Bücher und Studien bekannte Heidelberger Kritiker Dr. H. K. Goldschmidt schrieb dieser Tage über das Karlsruher Landestheater: „u. a.“

„Während man, ohne Intendant und daher auch ohne jede bestimmte Prospektiv im Spielplan arbeiten muß, Freiburg sich durch seinen neuen Intendanten Richter so enttäuscht fühlte, daß es ihn auf Schluß der Spielzeit wieder gehen ließ, und das kleine Heidelberger Schauspiel durch einige Fehlengagements und eine weniger zähe Regiearbeit seines Oberleiters seinen Ruf als literarische Versuchsbühne gefährdet, verbreitet am Badischen Landestheater der Oberregisseur Felix Baumbach mit einer um so raffineren und jetzt auch für den Espritier erfolgreichen Energie, die so stark und auch von so erheblichem künstlerischem Gesicht ist, daß Karlsruhe heute überflügelt hat. Vielleicht hätte eine etwas größere Flexibilität in der Gestaltung des Spielplans dem schönen Niveau rascher zum Sieg verholfen. Immer noch fehlen in Karlsruhe einige Namen der Jungen von Belang und einige Notwendigkeiten der Älteren. An Stelle des für ein Theater gründlich verpfändeten Konzertauses, hat man jetzt den Saal des Künstlervereins als Nebenübne gewählt und veranstaltet dort Kammerstücke. Da ist dann manches zu erreichen, was im alten Bau gefährlich ist. Da könnte man auch Bühnen-„Wohld“ wagen, um wenigstens ein Werk des revolutionären Frühgeborenen zu bringen. Als Eröffnungsveranstaltung sah man den deutschen „Hinfemann“ von Ernst Toller. — Den „Marquis von Keith“ brachte Baumbach mit Dahlen, der stärksten männlichen Stärke der Karlsruher, und Frau. Muchammer zu einer ausgezeichneten Wirkung. Geschöner und vollendeter als diese Weiblich-Aufführung war eine in einem reizvollen, an Einfällen und feinsten Nuancen reiche Einstudierung von Schafers „Bismarck der Widerpenstigen“, einer Aufführung, wie ich sie seit Jahren nicht in Karlsruhe gesehen habe. In den letzten zwanzig Jahren, ja — so kühn das Wort ist — vielleicht seit Debriens Tagen, wurde im Karlsruher Schauspiel nicht mehr so gut gespielt, als in dieser Zeit. Was Karlsruhe notwendig wäre, ist bei der besonderen soziologischen Schichtung einer solchen, früheren Hofbühne nicht rasch zu erreichen;

der Ertrag der älteren Darsteller durch mehr moderne Spieler. In der Oper wird freilich mehr geklagt.“

Wir drücken diese Zeilen mit Genugtuung ab, zumal sie ganz den kritischen Anschauungen entsprechen, die bisher auch in der „Karlr. Ztg.“ laut geworden sind. Auch bei dem „Lottentanz“ — „Gastspiel“, das kürzlich unser Schauspiel unter Raumbachs Leitung in Mannheim veranstaltet, war das Lob und die Anerkennung der sämtlichen Mannheimer Kritiker einstimmig. Stellenweise nahm dieses Lob geradezu enthusiastische Formen an. Wer die schöne Aufführung bei uns gesehen hat, wird das vollkommen begreifen.

IV. Sinfoniekonzert des Badischen Landestheaters

Der Gustav Mahler noch immer nicht kannte, erfährt aus der Erstaufführung der tragisch ungeschickten sechsten Sinfonie, wer er war. Kein wunderlicher Dilettant, sondern ein Märtyrer, wenn dieser Ausdruck für einen Menschen fähig ist, der unter der Qual der erkannten Realität fürchterlich leidet. Wäre überdies Mahler nicht als Musiker geboren, dann wäre er sicher ein Maler oder ein Dichter wie Strindberg etwa geworden, der ja schließlich, auch nach mancher Infernostrafe als großer Dichter aus der Einsamkeit heraus sprach und für den das Kunstwerk ebenfalls Erziehung aus persönlicher Krise bedeutete. Den Mahlers Schicksal ist ebenso sehr aus dem höchsten Prinzip des Lebens, des Menschseins abgeleitet wie ihr das Siegel eines philosophischen Kopfes aufgedrückt ist, der es verneint hat, mit den Feuer- und Augen des Idealismus Mikewelt und Umwelt zu betrachten. Man kennt die Umstände näher, die in der äußerlich so glanzvollen 6ten Mahler in Wien (1897—1903) gerade ihm, der zur Erreichung des künstlerischen Ideals sein Leben hergab, das Leben verbrühten; in der Sechsten erlebt man mit die innere Metamorphose dieses Menschen; der verzweifelt gerade das Beste, was er stet wollte, trotz äußerster Anspannung immer härter abzuwehren sah. Conscientia scrupulosa ist es, die ihn diese, seine Geistesleistungen schreiben läßt in deren dunklerer Mollitumpe eine Welt zusammenbricht. Neben-sächlich gegen die inhaltliche Monumentalität des Werkes bleiben, die sich gegen die in das Sinfonieorchestr abermals neu eingeführten Instrumente richten könnten, vor allem gegen die Herabgeden und den Hammer, aber auch

gegen die starke Heranziehung der Baute, der großen und kleinen Trommel, die gewaltigste Mittel nach außen bleiben würden, wenn sie nicht so grandios dem postenden unerhülligen Rhythmus des ganzen Werkes angepaßt wären, wenn nicht auch ihnen eine transzendente Bedeutung zutame. Was darüber hinaus Mahler alles aus der ihn so wohlbekannte Bruderschen Kompositionsmethode gemacht hat, wie er düstertropische Stimmung in Wiederholungen steigert (1. u. Anfang des ersten Satzes), wie er den Charakter klärender Freude aufstlingen und versinken läßt, wie er durch sorgfältige Instrumentalreihen die Aufmerksamkeit fesselt und selbst in faststischen Seitenzügen auf liebe Zeitgenossen (Scherzo) doch das große Ziel nicht aus den Augen verliert, das ist meisterhaft und zeugt von genialer Klugheit. Und endlich die Reduktion des Ganzen, das halbtändige Finale, das in ganz ungeheurer Proportion schicksalhaftes monumentalisiert; wo und wann ist Genialität, Wunders erdacht, ein Lebensdokument ergreifender in Töne gebracht worden?

Es gereicht dem badischen Landestheaterorchester zu ehrenbarem Ruhm, daß es unter Oranzierung zahlreicher Hiesiger und auswärtiger Kräfte die Erstaufführung des gigantischen Werkes ermöglichte und zwar in einer Form, die aller Anerkennung wert war. Durch Felix Corolegis wurde das in seinem Ausmaß verwirrende Bild der Partitur verknüpft und zumal im letzten Satz so erspöndend dargestellt, daß eine geradezu niederschmetternde Wirkung nicht ausblieb, daß der Sinn des Werkes jedem der zahlreichen Zuhörer offenbar wurde, wenn auch das Wort als leichter Träger der musikalischen Idee, zu dem Mahler selbst sonst gerne greift, in dem ungeheuer groß konzipierten Gemälde fehlte.

Am zweiten Teil des Programms folgte die Sinfonia domestica von R. Strauss, das in seiner ungeheuren Musikfreudigkeit immer noch sehr angenehme Produkt eines genialen Künstlers. Auch deren Wiedergabe war eine ausgezeichnete Leistung; des vielverehrten großen Orchesterapparates, den Felix Corolegis mit schönem Temperament und bester Laune kommandierte.

H. Sch.
Druckfehlerberichtigung. In der Kritik des Stückes „Reben-einander“ von Georg Kaiser (gestrige Nummer unseres Blattes) hat sich ein funktionsloser Druckfehler eingeschlichen. In der Mitte der dritten Spalte muß es natürlich heißen: „Kaiser will keine Kritik im Drama.“

